

Editorial



Das Jahr 2007 markiert das Inkrafttreten der neuen mittelfristigen Finanzplanung der EU, der „Finanziellen Vorausschau 2007–2013“, über deren Inhalt sich Rat und Parlament im Laufe des letzten Jahres geeinigt haben und die während der nächsten sieben Jahre die wesentlichen Parameter der EU-Ausgaben festlegen wird. Insgesamt werden über € 862 Mrd. der EU zur Verfügung stehen, von denen alleine € 50 Mrd. auf die auswärtige Zusammenarbeit entfallen sollen.

Die Verhandlungen über die Vorausschau waren geprägt von einer grundlegenden Überholung der finanziellen Institutionenlandschaft der erweiterten Union, auch und gerade im Bereich Außenbeziehungen. Ein zentraler Bestandteil dieser Reform war die Entwicklung der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP), die künftig die Zusammenarbeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten mit ihren Nachbarn im Süden und Osten neu regeln soll.

Die ENP wird all jenen Nachbarn, die zu mehr ökonomischer Integration und mehr politischer Kooperation *bereit* und *fähig* sind, eine besonders enge Partnerschaft mit der EU anbieten, die bis kurz vor die Schwelle der Vollmitgliedschaft heranrücken kann. Das erklärte Ziel der ENP ist, einen „Ring aus Freunden“ zu schaffen, die grundlegende politische und kulturelle Werte Europas teilen und mit denen man „friedliche und kooperative Beziehungen“ unterhalten könne.

Besonders begrüßenswert ist, dass die ENP wesentlich deutlicher und selbstbewusster als bisher europäische Werte und europäische Interessen anspricht und diese in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit stellt. Die Fortschritte der Partner bei der Umsetzung von Zielen sollen regelmäßig überprüft werden, und sie sollen entscheidend Qualität und Quantität des europäischen Engagements mitbestimmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die *Politisierung* der Zusammenarbeit. Gerade im südlichen Mittelmeerraum liegen die eigentlichen Ursachen für Entwicklungsblockaden und Konflikte eben nicht in einer mangelnden Ressourcenausstattung, sondern in der politischen Institutionenordnung der meisten Länder. Die Aufwertung der in-

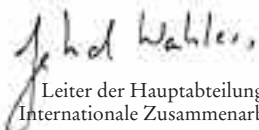
nen-, rechts- und sicherheitspolitischen Kapitel des „1. Korbs“ des Barcelona-Prozesses durch die ENP ist daher unbedingt zu begrüßen.

Ein letzter wichtiger Punkt ist die *Konkretisierung* der Zusammenarbeit. Die ENP basiert im Wesentlichen auf gemeinsam von beiden Seiten ausgehandelten Dokumenten, die bewusst auf den Ergebnissen der bisherigen Zusammenarbeit aufbauen und zugleich explizit an deren Defiziten ansetzen. Es ist daher zu erwarten, dass sie allein dadurch ein höheres Maß an Akzeptanz und Verbindlichkeit für alle Beteiligten besitzen als bisher.

Generell bietet die ENP viele Chancen auch für die nationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die neuen Nachbarschaftsaktionspläne liefern wertvolle Anhaltspunkte für die künftige „Marschrichtung“ sowohl der EU als auch der Nachbarn, und damit zugleich einen Orientierungsrahmen für die Konzeptionierung und Programmierung nationaler Aktivitäten. Das neue Nachbarschaftsinstrument ENPI wiederum bietet interessante Möglichkeiten für eine bessere Abstimmung von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten, ebenso wie eine Rechtsgrundlage für eine stärkere Kofinanzierung und Mandatierung nationaler EZ-Einrichtungen.

All dies erlaubt nationalen EZ-Institutionen nicht nur, die Aktivitäten der EU und der Partner besser vorhersehen zu können, als dies bislang der Fall war, sondern auch, die Auswirkungen besser abschätzen zu können, die diese Aktivitäten auf die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Partnerländer haben werden. Es erlaubt ihnen außerdem, ihre spezifische Expertise in diesen Prozess einzubringen, und zwar sowohl bei der Vorbereitung der Kooperationsprogramme als auch bei deren Umsetzung.

Eine aktivere Mitwirkung in europäischen Prozessen ist ein erklärtes Ziel unserer Stiftung. Dies um so mehr, als wir die Erfahrungen und Kenntnisse besitzen, die hierfür erforderlich sind. Das *Partnerprinzip* ist seit jeher unser Leitbild. Wir haben uns seit vielen Jahren enge Kontakte und eine gute Reputation in Nahost und Nordafrika erworben, und zwar sowohl auf staatlicher Seite als auch unter der dortigen Zivilgesellschaft. Wir haben unsere traditionellen Länderprogramme um ein länderübergreifendes Regionalprogramm erweitert. Wir haben uns neue Themengebiete erarbeitet, die für die ENP von höchster Relevanz sind. Und wir haben einen Mittelmeerdialog eingerichtet, der gemeinsam von unseren Büros in Amman und Madrid gesteuert wird. Wir sind daher zuversichtlich, dass wir einen substantiellen Beitrag zum Dialog mit den Nachbarstaaten der EU leisten können.


Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit